

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
DES AUSSCHUSSES FÜR
BAUEN, STADTENTWICKLUNG
UND ORDNUNG**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
05. BSO 2014-2020
Sitzungsdatum:
27.01.2015

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 27.01.2015

Unter dem Vorsitz von Fred Fröschen versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung von Niederschriften
- 1.1. Genehmigung der Niederschrift vom 19.11.2014
- 1.2. Genehmigung der Niederschrift vom 09.12.2014
2. Bebauungsplan Nr. 116 - Holthausen-Nord -
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung
3. Sanierung von naturwissenschaftlichen Unterrichtsräumen im Schulzentrum
4. Baubeschluss "Erneuerung der WC-Anlagen Grundschule Boscheln, Grundschule Frelenberg und Gymnasium S I"
5. Erweiterungen zur Tagesordnung
6. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

B) Nichtöffentliche Sitzung

7. Vergabeangelegenheiten:
 - 7.1. Sanierung von naturwissenschaftlichen Unterrichtsräumen im Schulzentrum
hier: Vergabe der Ingenieurleistungen
 - 7.2. Erneuerung der WC-Anlagen Grundschule Boscheln, Grundschule Frelenberg u.
Gymnasium SI
 - 7.3. Löschwasserversorgung Schulzentrum

- 7.4. Hausmeistervertrag zur Herstellung von Kanalhausanschlüssen und Reparaturarbeiten an der städt. Kanalisation
- 8. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 9. Berichte und Mitteilungen der Verwaltung

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Herr Wolfgang Bien	UWG	
Herr Herbert Fibus	SPD	
Herr Fred Fröschen	CDU	
Herr Josef Fröschen	CDU	
Frau Karin Fürkötter	SPD	als Vertreterin für Stadtverordneten Böven
Herr Herbert Görtz	CDU	
Herr Robert Kohnen	CDU	
Herr Frank Kozian	B'90/Die Grünen	
Herr Herbert Mlaker	FDP-USPD	
Herr Alf Ingo Pickartz	SPD	
Herr Heiner Weißborn	SPD	
Herr Hubert Wynands	CDU	

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Johannes Bröhl	CDU
Herr Günter Weinen	CDU

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Frau Claudia Burghardt	SPD	als Vertreterin für sachkundigen Einwohner Ehmig
Herr Norbert Ostermeier	Bündnis 90/ Die Grünen	als Vertreter für sachkundige Einwohnerin Glashagen
Herr Sebastian Schröter	CDU	

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Peter Lürken	parteilos
-------------------	-----------

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Jurist Marius Claßen
Herr Technischer Angestellter Achim Vogelheim
Herr Technischer Angestellter Achim Engels

Schriftführer

Frau Stadtoberinspektorin Jutta Gündling

Gäste:

Herr Rieger
Herr Wiese
Herr Wenke

gpe projekt
gpe projekt
gpe projekt

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte **Ausschussvorsitzender F. Fröschen** alle anwesenden Ausschussmitglieder, Verwaltungsbedienstete, Gäste sowie den Vertreter der Presse.

Er stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung fristgerecht zugestellt wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Es lagen keine Anträge zur Tagesordnung vor.

Stadtverordneter J. Fröschen sagte, dass die CDU-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

Stadtverordneter Pickartz teilte mit, dass die SPD-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung zwei Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

Stadtverordneter Kozián sagte, dass auch die Fraktion Bündnis 90/GRÜNE am Ende der öffentlichen Sitzung zwei Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

Sachverständiger Bürger für Denkmalschutz Lürken teilte mit, dass er am Ende der öffentlichen Sitzung zwei Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

A) **Öffentliche Sitzung**

1 **Genehmigung von Niederschriften**

1.1 **Genehmigung der Niederschrift vom 19.11.2014**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung vom 19.11.2014 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

1.2 **Genehmigung der Niederschrift vom 09.12.2014**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung vom 09.12.2014 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

2 **Bebauungsplan Nr. 116 - Holthausen-Nord - hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung**

Technischer Angestellter Engels erläuterte dem Ausschuss den Bebauungsplan Nr. 116 –Holthausen Nord anhand eines Vorentwurfs (**Anlage 1**). Dann berichtete er über die 15. Änderung des Regionalplans, der im November 2014 Rechtskraft erlangt hat. Er wies darauf hin, dass man die Änderung bis zur Umsetzung 5 bis 6 Jahre betrieben habe. Als nächstes zeigte er ein Luftbild der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes (**Anlage 2**) und schilderte die vorliegende Problematik. Die im Regionalplan als gewerblich industrieller Bereich ausgewiesene Fläche befinde sich zum Teil im Besitz eines Landwirtes, der bereits signalisiert habe, diese nicht zu verkaufen. Daher habe die Stadt Übach-Palenberg die Bezirksregierung Köln gebeten, eine Alternativfläche nutzen zu können. Damit werde der Bebauungsplan Nr. 116 (Holthausen Nord) parallel zu der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes aufgestellt.

Anschließend fasste er die wesentlichen Inhalte zusammen. Es handle sich um ein Industriegebiet, die Gebäudehöhe betrage maximale 165 m über NN und die Grundflächenzahl 0,8. Das Vorhaben habe eine Gesamtfläche inklusive Straßenflächen von 10 Hektar, wovon 9 Hektar reine Industriefläche seien. Die geplante neue Hochspannungsleitung vom Heidberg Richtung Baesweiler sei bei den Planungen berücksichtigt worden. Er verdeutlichte, dass es sich um ein konkretes Vorhaben handle und relativ zügig das Planungsrecht geschaffen werden müsse.

Stadtverordneter Pickartz thematisierte die Festsetzung der maximalen Höhe und fragte, ob ein bestimmter Punkt festgelegt werde. Desweiteren erkundigte er sich nach der Randbebauung.

Technischer Angestellter Engels antwortete, dass man im Laufe des Verfahrens die Höhen auf Bezugspunkte beziehen werde.

Stadtoberverwaltungsrat Waliczek erklärte, dass der konkrete Abstand eines Gebäudes zur Grundstücksgrenze sich nach der Bauordnung NRW immer auf die Höhe des Gebäudes beziehe. Das heiße, dass das Gebäude nicht zwingend bis an die Baugrenze heran gebaut werden könne.

Sachkundiger Bürger Bröhl wies darauf hin, dass sich die derzeitige maximale Höhe auf NN beziehe und nicht auf einen Bezugspunkt.

Technischer Angestellter Engels stimmte zu und sagte, dass jedoch noch geprüft werden müsse ob NN oder NHN.

Stadtverordneter Pickartz sprach noch einmal die Baugrenzen an und fragte nach dem geplanten Brückenbauwerk zwischen dem jetzt überplanten Bereich und dem Betriebsgelände. Würden die Kosten vom Investor bezahlt werden oder von einem Externen?

Technischer Angestellter Engels erklärte, dass es eine Anbauverbotszone von je-

weils 20 m zur L164, L225 und B57n gebe Die Brücke würde in privatem Besitz sein und daher vom Investor getragen werden und nicht von der öffentlichen Hand.

Stadtverordneter Kozyan fragte, ob die Umsiedlung schon mit den umliegenden Landwirten besprochen wurde und ob diese durch die geplante Erweiterung beeinträchtigt werden könnten.

Stadtoberverwaltungsrat Waliczek antwortete, dass die Landwirte schon zum Teil informiert seien, da sie in die Grundstücksverhandlungen involviert waren. Der restliche Teil der Landwirte werde normal im Beteiligungsverfahren informiert. Er wies auf eine schon durchgeführte Immissionsschutzuntersuchung hin, der maximal zulässige Richtwert von 45 dB(A) werde danach im Bereich der Aussiedlerhöfe und dem Stadtgebiet Baesweiler (Beggendorf) nicht überschritten.

Stadtverordneter J. Fröschen erkundigte sich nach der höchstmöglichen Bauhöhe und zog Vergleiche zum Stadtteil Boscheln.

Technischer Angestellter Engels antwortete, dass die Gebäudeoberkantenhöhe nicht höher als 165 m NN sein dürfe. Ausnahmsweise seien Gebäudeteile wie Kamine oder Antennen auch noch 10 m über diesen Punkt hinaus zulässig.

Beschlussempfehlung:

1. Für den im Übersichtsplan dargestellten Bereich wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB der Bebauungsplan Nr. 116 – Holthausen-Nord – aufgestellt.
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB in Form eines Planaushangs von einem Monat mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig.

3 Sanierung von naturwissenschaftlichen Unterrichtsräumen im Schulzentrum

Ausschussvorsitzender F. Fröschen begrüßte Herrn Rieger, Herrn Wiese und Herrn Wenke vom Planungsbüro gpe-projekt.

Herr Rieger stellte dem Ausschuss kurz das auf Schulen spezialisierte Planungsbüro gpe vor, das seit 10 Jahren deutschlandweit arbeitet. Anschließend stellte er mithilfe einer Powerpointpräsentation die Planungen für die Sanierung der naturwissenschaftlichen Räume im Schulzentrum vor. Diese ist der Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt. Er zeigte dem Ausschuss die Bestandsräume mit der Problematik der innenliegenden Räume (kein natürliches Licht, Belüftung über eine nicht ausreichende Lüftungsanlage) auf und thematisierte weitere vorliegende Mängel. Er visualisierte die Mängel und Probleme anhand von Bildern. Anschließend stellte er die Ziele der Sanierung sowie die Entwurfsplanung vor. Desweiteren ging er auf die einzelnen Umbaumaßnahmen

ein, die eng mit der Gesamtschule und der Realschule abgestimmt worden sind. Es seien zwei Bauabschnitte geplant. Der erste Bauabschnitt starte Mitte Juni und solle Ende September abgeschlossen sein. In den Sommerferien 2015 sollen die lärmintensiven Umbauarbeiten durchgeführt werden. Für das Jahr 2016 sei für denselben Zeitraum der 2. Bauabschnitt geplant.

Herr Wiese erklärte kurz den technischen Teil der Planung, bei der Gas-, Wasser- und Elektroinstallationen vorgesehen seien. Es würden neue Heizkörper eingebaut werden sowie eine moderne RLT-Anlage für die Innenbereiche, mit der man diese mechanisch belüften könne. Diese Variante sei die wirtschaftlichste Lösung gewesen, da eine Wärmerückgewinnung von 90 % möglich sei.

Herr Rieger fasste zusammen, dass mit der geplanten Sanierung der naturwissenschaftlichen Räume das Raumangebot erhöht und die Flächen optimal ausgenutzt werden. Das Raumkonzept steigere das Wohlbefinden in den Klassenräumen, was sich positiv auf die Leistungs- und Lernbereitschaft der Schüler auswirken könne. Als weitere Vorteile stellte er die einfache Anpassung der Medien dar, die oberflurig vorgenommen werden könne sowie die Möglichkeit der Anpassung an den demografischen Wandel.

Stadtverordneter J. Fröschen bedankte sich für die interessante Präsentation und zitierte den ersten Satz der Präsentation „Chancen für zeitgerechten naturwissenschaftlichen Unterricht“. Seiner Meinung nach werte die Sanierung der naturwissenschaftlichen Räume die Gesamt- und die Realschule besonders auf. Bei sinkenden Schülerzahlen könne man als Schulstandort nur durch Qualität neue Schüler gewinnen. Er erkundigte sich nach der Zuwegung zu den einzelnen Klassenräumen. Wenn diese nicht separat für jeden Raum gegeben sei, könnte es in den Klassen zu unruhig werden. Desweiteren fragte er, ob die baulichen Maßnahmen gesondert ausgeschrieben werden. Je mehr Firmen an der Umsetzung beteiligt würden, desto eher könne es zu Abweichungen vom Zeitplan kommen.

Herr Rieger antwortete, dass es separate Eingänge von den Fluren in die Klassenräume gebe und zeigte diese auf einem Übersichtsplan. Der einzige Raum, der nur durch ein Klassenzimmer betreten werden könne, sei der Sammlungsraum. Da dieser jedoch nur von den Lehrern genutzt werde, stelle dies kein Problem dar. Desweiteren sei auch ein zweiter Rettungsweg mit dem Brandschutz abgestimmt. Im Raum 49 könnten die Schüler beispielsweise durch einen Zugang in einer Trennwand in ein anderes Treppenhaus gelangen.

Technischer Angestellter Vogelheim erklärte, dass von den vorhandenen Räumen derzeit zwei Räume aufgrund erheblicher Mängel gesperrt seien und nicht genutzt werden könnten, sodass mit dem neu dazu gewonnenen Raum die zurzeit genutzte Raumzahl von 4 auf 7 naturwissenschaftliche Räume steige.

Herr Wiese erklärte, dass verschiedene Firmen für die Sanierung beauftragt werden müssen, zum Beispiel Maler, Bodenleger, Installateure und Trockenbauer. Er plane die beiden Bauabschnitte gemeinsam auszuschreiben, da man bei diesem Vorgehen absolute Kostensicherheit habe. Ein weiterer Vorteil einer gemeinsamen Ausschreibung sei, dass die Handwerker ihre Dienste wahrscheinlich zu günstigeren Konditio-

nen anbieten würden.

Stadtverordneter Kozyan fragte, ob die Planungen auch mit den Fachlehrern an den jeweiligen Schulen abgestimmt worden seien.

Herr Rieger antwortete, dass die Planungen eng mit den Schulleitungen und auch mit den Fachlehrern abgestimmt worden seien. Bereits den ersten Entwurf der Sanierung habe man mit den Schulen besprochen. Anschließend seien die Wünsche und Anregungen der Schulen in die Planung eingeflossen und gpe habe die Sanierung neu überarbeitet. Das neue Planungskonzept sei den Schulen dann im Dezember vorgestellt worden. Die am heutigen Tag vorgestellte Planung sei so mit den Schulen abgestimmt, bei Fortschreibungen oder Änderungen werde gpe den Schulen das Planungskonzept erneut zeigen.

Stadtverordneter Weißborn bedankte sich bei dem Planungsbüro gpe. Das Konzept zur Sanierung der naturwissenschaftlichen Räume im Schulzentrum habe einen hervorragenden Eindruck hinterlassen. Es sei sehr gelungen und eine trage deutlich zur Attraktivierung des Schulzentrums bei.

Beschluss:

Der Erneuerung der Naturwissenschaftlichen Räume im Schulzentrum wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

4 Baubeschluss "Erneuerung der WC-Anlagen Grundschule Boscheln, Grundschule Frelenberg und Gymnasium S I"

Technischer Angestellter Vogelheim erklärte, dass der Planer die Erneuerung der WC-Anlagen an der Grundschule Boscheln, der Grundschule Frelenberg und am Gymnasium (SI) nicht selber vorstellen könne und er diese Aufgabe übernehme. Die Planungen seien im Vorfeld den Schulleitungen vorgestellt worden. Alle drei WC-Anlagen sollen in den Sommerferien 2015 saniert werden. Es gebe einen strengen Zeitplan. Falls die Einhaltung jedoch nicht möglich sei, würden den Schulen Ersatzmaßnahmen (z.B. mobile Toiletten) zur Verfügung gestellt, dies sei auch schon mit den Schulleitungen kommuniziert. Die drei WC-Anlagen werden gleich aufgebaut, er wolle einen „Übach-Palenderger Standard“ einführen. Anhand eines Basis-Produktkatalogs für Toiletten sollen zukünftig alle Schulen gleich ausgerüstet werden. Desweiteren werde an jeder der drei Schulen ein Behinderten WC gebaut, um die Anforderungen der Inklusion zu erfüllen. Außerdem werde es in jeder WC-Anlage einen Putzmittelraum geben. Derzeit seien die WC-Anlagen raumhoch gefliest. Davon werde man Abstand nehmen und Harzkompositplatten, auch als Trespa bekannt, einbauen. Diese seien urinbeständig, leicht zu reinigen und im Gegensatz zu den Fliesen ohne Fugen, in denen sich schnell Schmutz ablagert. Von der Oberfläche her ähnelten die Harzkompositplatten Toilettentrennwänden. An allen Waschtischen werden Ablagemöglichkeiten eingebaut, desweiteren werde es in den Mädchen- sowie auch Jungentoiletten bodentiefe Spiegel geben. Als weitere Erneuerung zählte er die Haustechnik auf. In den Grundschulen plane man die Toiletten auf verschiedenen Höhen einzu-

bauen, da gerade die Kinder in den Grundschulen schnelle Wachstumsphasen zurücklegen. 3 Stufen seien angedacht, man stimme dies jedoch zurzeit noch mit den Schulleitungen ab. Genauso sei eine Anpassung der Pissoires an die Größe der Kinder angedacht. Als nächstes zeigte er dem Ausschuss die Bestandspläne sowie neuen Pläne der WC-Anlagen und wies darauf hin, dass bei den Umbaumaßnahmen die Prognosen des Schulentwicklungsplanes berücksichtigt wurden.

An der Grundschule Frelenberg werden bei den Mädchen zwei Kabinen eingespart und bei den Jungen eine Kabine sowie zwei Pissoires. Bei den Jungen werde ein Behinderten-WC installiert.

An der Grundschule Boscheln gebe es derzeit noch große ungenutzte Vorräume vor den Toiletten. Diese werden verkleinert und es entstehe ein zusätzlicher Putzmittelraum und ein Behinderten-WC.

Im SI-Bereich des Gymnasiums werde auf der Jungentoiletten ein Behinderten-WC eingerichtet sowie ein Raum mit 2 Toilettenanschlüssen als Reserve. Dieser Raum werde vorerst als Putzmittelraum genutzt. In beiden Toiletten werden Waschtische mit einer Ablage installiert sowie kleine Spiegel über den Waschtischen.

Stadtverordneter Weißborn merkte an, dass am Gymnasium die Jungentoiletten größer seien als die Mädchen Toiletten und fragte, ob dies sinnvoll sei. Gerade von Raststätten kenne man doch das Phänomen der Schlange vor der Damentoilette.

Technischer Angestellter Vogelheim antwortete, dass die Größe der Mädchentoilette der Norm entspreche und seitens der Schule bis dato kein Toilettenstau geschildert wurde. Wenn man die beiden Toilettenräume tausche, entstünden höhere Kosten.

Stadtverordneter J. Fröschen lobte die einheitliche Form der Toilettenanlagen und erklärte, dass dies einen großen Vorteil bei Reparatur- oder Austauscharbeiten darstelle. Desweiteren sprach er das Problem des Vandalismus im Bereich der Toilettenanlagen an und fragte, wer für die Kontrolle der Bereiche zuständig sei. Weiterhin regte er an, die Behindertentoiletten unter Verschluss zu halten, damit diese auch nur von behinderten Kindern genutzt werde und nicht als Spielplatz diene.

Technischer Angestellter Vogelheim antwortete, dass die Schule für die Aufsicht während des Schulbetriebs zuständig sei, nicht der Schulträger. Vom Land NRW gebe es eine Dienstanweisung, welche die Aufsicht regele. Es gebe natürlich verschiedene Varianten. Er stellte klar, dass die Aufsicht der Toiletten auch nicht in den Aufgabenbereich der Hausmeister falle. Diese hätten andere Aufgaben und dürften die Mädchentoiletten beispielsweise auch gar nicht betreten. Die Behindertentoilette falle auch in den Zuständigkeitsbereich der Aufsicht der Schule. Er empfehle jedoch bei diesen Toiletten ein separates Schloss einzubauen, dessen Schlüssel nur den Lehrern, Kindern mit Behinderung und auch den Hausmeistern ausgehändigt wird. Er rate dazu, den behinderten Kindern einen Schlüssel zu geben, damit so der Toilettengang keine peinliche Situation für die Kinder wird. Die Behindertentoilette könne leider nicht dauerhaft geöffnet bleiben, da sie mit ihrer Ausstattung den Kindern einen einladenden Spielraum biete.

Stadtverordneter Pickartz begrüßte die seiner Meinung nach schon längst überfällige Maßnahme. Um den Werterhalt der neuen Toilettenanlagen und deren Funktionalität zu sichern, schlug er vor, vor der Inbetriebnahme einen gemeinsamen Plan mit den Schulen zu entwickeln, bei denen auch die Schüler mit ins Boot geholt werden. Seitens der SV des Carolus-Magnus-Gymnasiums habe es beispielsweise schon eine

Initiative gegeben.

Technischer Angestellter Vogelheim sagte, dass er diesen Vorschlag gerne aufnehme. Die Einbindung der Schüler müsse natürlich auch in Zusammenspiel mit der Schulleitung geschehen. Bei der nächsten Vorstellung der Sanierungspläne am Carolus-Magnus-Gymnasium sei die Teilnahme der SV schon geplant. Diese wolle sich bei der Gestaltung einbringen. In diesem Zusammenhang wies er auf Vielseitigkeit des neuen Wandbelags Trespa hin, der bemalt und mit Folien beklebt werden kann. Der Urzustand könne ohne viel Aufwand wieder hergestellt werden.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, dass er mit der SV des Gymnasiums schon im Vorfeld verabredet habe, dass diese involviert wird, nicht nur bei der Frage der Toilettenaufsicht. Die Toilettenanlage der Sekundarstufe I des Gymnasiums sei 50 Jahre alt und für dieses Alter noch sehr ordentlich und pfleglich dank der Unterstützung der Schüler. Er bedankte sich für die Anregungen.

Stadtverordneter J. Fröschen erkundigte sich, ob alle drei Sanierungen in den Sommerferien umgesetzt werden.

Technischer Angestellter Vogelheim antwortete, dass für die drei Sanierungen die 6 ½ Wochen der Sommerferien angesetzt seien. Bei der Marktgröße der Stadt Übach-Palenberg sei es ein großes Unterfangen, einen Sanitärinstallateur zu finden, der alle drei Toiletten gleichzeitig sanieren kann. Als Notfallplan bei Nichteinhaltung des Zeitplans habe er bereits mit den Schulen den Einsatz von mobilen Toiletten abgesprochen.

Stadtverordneter Weißborn fragte, warum nicht auch unterschiedliche Firmen die Schultoiletten sanieren könnten. Es gebe schließlich 3 Ausschreibungen und auch 3 Lose.

Technischer Angestellter Vogelheim antwortete, dass dies sehr unwahrscheinlich sei, aber gehe. Es sei denkbarer, dass eine Firma auf alle 3 Angebote biete und den Zuschlag erhalte. Bei der Ausschreibung sei es nicht möglich, dem wirtschaftlichsten Bieter den Zuschlag zu verweigern.

Stadtverordneter J. Fröschen forderte, dass gewährleistet wird, dass den Schülern funktionsfähige Toiletten zur Verfügung stehen.

Stadtverordneter Fibus sagte, dass in der Ausschreibung eine Frist zur Ausführung festgelegt werden könne.

Technischer Angestellter Vogelheim antwortete, dass in der Ausschreibung der Zeitraum von 6 ½ Wochen stehen werde. Da der Verzug der Sanierung nicht schon in der ersten Woche festgestellt werden könnte, sondern erst am Ende, wenn es schon zu spät sei, gehe er lieber auf Nummer sicher und plane bereits jetzt die Ersatzmaßnahme mit den mobilen Toiletten.

Beschluss:

Der Erneuerung der Toilettenanlagen in den Grundschulen Boscheln und Frelenberg und im S I – Gebäude des Gymnasiums wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

5 Erweiterungen zur Tagesordnung

Es lagen keine Erweiterungen zur Tagesordnung vor.

6 Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Bürgermeister Jungnitsch informierte den Ausschuss darüber, dass ein Bürger den Bau- und Umweltausschuss der Stadt Übach-Palenberg angeschrieben und auf den Zustand des Radweges am Waubacher Weg hingewiesen habe. Herabfallendes Laub sowie kleinere Äste würden die Verkehrssicherheit des Radweges gefährden. Er habe das Schreiben bereits an den Technischen Betrieb weitergegeben und dem Bürger den Eingang des Schreibens bestätigt. Da das Schreiben an den Ausschuss adressiert wurde, werde er dieses der Niederschrift als **Anlage 4** beifügen. So könnten die Ausschussmitglieder Kenntnis nehmen.

Technischer Angestellter Vogelheim teilte mit, dass es noch zwei offene Anträge gebe, zu denen er jeweils einen kurzen Zwischenbericht vorstelle.

1. Antrag der CDU-Fraktion Änderung an der Geilenkirchener Straße

Technischer Angestellter Vogelheim fasste zusammen, dass der Vorschlag des Antrags sei, die Geilenkirchener Straße in Höhe der Hausnummer 58 zu verbreitern, sodass eine Verbreiterung der Durchfahrt zwischen Bürgersteig und Querungshilfe entstehe. Dies solle die Lärmbelästigung, die durch den Schwerlastverkehr, der über die Querungshilfe fährt, verhindern.

Die Verwaltung habe einen Gegenvorschlag zur Straßenverbreiterung vorbereitet, der zurzeit mit dem Straßenbaulastträger Straßen NRW abgestimmt werde. Würde man dem Vorschlag des Antrags folgen und die Straßen in dem Bereich verbreitern, was ungefähr einer Länge von 40 m entspräche, wäre Straßen NRW nicht mehr für diesen Abschnitt zuständig. Zudem sei die Straßenbreite in dem Bereich in der Vergangenheit absichtlich reduziert worden, um die Geschwindigkeit der Fahrzeuge zu reduzieren. Verbeitere man die Straße, könnten die Autos die Stelle schneller passieren, was den Grund der Lärmbelästigung nur verschieben würde. Die Verwaltung plane die Bordsteine der Mittelinsel zu verändern und 45 Grad Borsteine einzusetzen, die auch bei vielen Kreisverkehren im Einsatz sind. Wenn Autos oder LKWs die Mittelinsel überfahren würden, hätte dies geringere lärmende Auswirkung. Diese Maßnahme sei günstiger und würde auch weniger in der Unterhaltung kosten. In der nächsten Ausschusssitzung werde es einen abschließenden Bericht geben.

2. Antrag der FDP-USPD-Fraktion Verbreiterung der Kreuzung Carlsplatz zur Friedrich-Ebert-Straße

Derzeit verhandel die Stadtverwaltung auch diesen Antrag mit dem Straßenbaulastträger Straßen NRW. In der nächsten Ausschusssitzung werde die Verwaltung die Ergebnisse vorstellen.

Anfrage der CDU-Fraktion:

Sachkundiger Bürger Weinen merkte an, dass die CDU-Fraktion Ende Oktober 2014 einen Antrag bezüglich der Erstellung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Roermonder Straße/Friedrich-Ebert-Straße gestellt habe. Er sei informiert worden, dass die Einrichtung des Kreisverkehrs und der zusätzlichen Abbiegespur derzeit noch mit dem Straßenbaulastträger abgestimmt werde. Er wolle jedoch anregen, die Ampelschaltung in diesem Bereich vorzeitig zu ändern, damit der von Setterich nach Geilenkirchen abfließende Verkehr zu Zeiten des Rushverkehrs Vorrang erhalte. Er bat die Verwaltung, Gespräche aufzunehmen.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz antwortete, dass er diese Anregung weitergeben werde.

Stadtoberverwaltungsrat Waliczek schilderte, dass sich das Vorhaben einen Kreisverkehr zu errichten schwierig gestalten und auch Land hinzu erworben werden müsse. Er versicherte jedoch, dass die Verwaltung an der Sache dran sei.

Anfragen der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter Pickartz sprach den beim Bürgerempfang aufgeführten Imagefilm an, der ihm sehr gut gefallen habe. In diesem Film sei Übach-Palenberg als moderner Wirtschaftsstandort dargestellt worden sowie als „grüne Stadt“. Schauen Sie sich jedoch im Stadtgebiet um, sehen Sie, dass an verschiedenen Stellen Bäume gefällt worden seien. Als Beispiele nannte er den Streifen entlang der Bahnhofstraße- der ganze Streifen sei niedergeholt worden- sowie die Grünfläche an der Ecke Robert-Koch-Straße/Ernst-Wiechert-Straße, auf der 6 große schöne Bäume abgeholzt wurden, obwohl nur einer der Bäume krank gewesen sei. Er fragte, wer für das Fällen der Bäume zuständig sei.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz antwortete, dass diese Feststellung richtig sei. Die für die Bäume notwendigen Pflegeschritte würden große Kosten verursachen. Um die Kosten zu sparen seien einige Bäume drastisch zurück geschnitten worden.

Stadtverordneter Pickartz sagte, dass dies ein ökologisches Desaster sei und machte auf den Wert der Bäume in einer solchen Größenordnung aufmerksam. Er fragte, warum die Stadt nicht an den NABU oder Privatpersonen vorab herantrete und die Patenschaft für solche Flächen anbiete.

Als nächstes sagte **Stadtverordneter Pickartz**, dass man lange nichts mehr von der Firma Polytex gehört habe, die Firma jedoch weiterhin im Stadtgebiet rieche. Da er als Anwohner persönlich von der Geruchsbelästigung betroffen sei, arbeite er mit der Bürgerinitiative zusammen. Dieser liege ein Schreiben des Kreises Heinsberg vor, das mitteile, dass die von Polytex ausgehenden Gase 10 bis 15 Prozent über den Richtwerten der Geruchsimmissionsrichtlinie liege. Herr Nikolai von der Firma Polytex habe dieses Schreiben ebenfalls erhalten. Er fragte, ob die Stadt von diesem Schreiben wisse und warum die Stadt den Ausschuss nicht über die Neuigkeiten informiert habe.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz erklärte, dass es sich um ein laufendes Verfahren

handele, bei dem die Stadt nicht federführend sei und lediglich informiert werde. Es sei korrekt, dass eine Geruchsbelästigung festgestellt worden sei und Handlungsbedarf bestehe. Wichtig sei jedoch, dass die Dämpfe/Abgase nicht toxisch seien. Seiner Kenntnis nach, müsse Herr Nikolai eine neue Filteranlage einbauen, um die Geruchsbelästigung zu unterbinden.

Anfragen der Fraktion Bündnis 90/GRÜNE

Stadtverordneter Kozián fragte nach den Ausgleichspflanzungen der Schokoladenfabrik und dem aktuellen Umsetzungsstand.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz bedankte sich für die Anfrage. Diese gebe ihm direkt auch die Möglichkeit, den durch die Berichterstattung der Presse falsch gewonnenen Eindruck, die Sindra wolle keine Bäume pflanzen, zu wiederlegen.

Die Schokoladen- sowie die Brotfabrik seien lebensmittelproduzierende Fabriken. Diese wünschen in der Nähe ihrer Betriebsstätten keine Bäume, da diese Vögel und andere Tiere anziehen würden. Der Kot dieser Tiere könnte durch die Filteranlage und die Lüftungsschächte in die Produktion gelangen, was zur Verunreinigung der Produkte führen könnte. Eine schon nur prozentual minimale Verschmutzung durch Kot würde den Ruf der Produkte schädigen. Als Beispiel dafür nannte er die Marke Müller Brot, die durch festgestellte Kotrückstände massive Verluste eingefahren habe. Die Schokoladen- und die Brotfabrik wollten daher aus Gründen der Lebensmittelhygiene so wenig grün wie möglich in der Nähe ihrer Produktionsstätten. Beide Fabriken signalisierten jedoch gegenüber der Stadtverwaltung, dass sie sich ihrer Verpflichtung nicht entziehen wollen. Die Stadtverwaltung habe daher mit dem Kreis Heinsberg abgestimmt, dass beide Fabriken statt des Grünausgleichs auf dem Gelände zur Ablösung Ökopunkte kaufen können. Bei diesem Vorhaben wolle die Stadtverwaltung den Förster von der Heiden einbinden, um geeignete Flächen im Stadtgebiet zu finden. Er bat um das Verständnis des Ausschusses für dieses Vorgehen.

Stadtverordneter Kozián bat scherzhaft darum, dass die Fabriken zukünftig dann jedoch nicht mehr erweitern.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz antwortete, dass noch eine abschließende Erweiterung geplant sei.

Stadtverordneter Weißborn sagte, dass das von Ersten Stadtbeigeordneten Mainz vorgetragene Anliegen nachvollziehbar sei. Er frage sich jedoch, warum dies erst heute bekannt gegeben werde und nicht schon früher berücksichtigt wurde.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz antwortete, dass nach dem Skandal um Müller Brot dieses Thema stärker sensibilisiert wurde und die hygienischen Anforderungen noch strenger umgesetzt werden.

Stadtoberverwaltungsrat Waliczek teilte mit, dass die Verwaltung bezüglich der angestrebten Regelung auch schon Kontakt mit dem NABU aufgenommen habe.

Stadtverordneter Kozián erkundigte sich, ob der NABU auch bei der Auswahl der Fläche eingebunden werde.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz antwortete, dass die Flächen in Zusammenarbeit

mit dem Förster ausgearbeitet werden sollen.

Stadtverordneter Pickartz wies darauf hin, dass es wichtig sei, die ökologische Maßnahme nicht nur regional sondern auch innerstädtisch zu betrachten.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz sagte, dass dies so angedacht sei.

Stadtverordneter Kozián stellte die zweite Anfrage an die Verwaltung und thematisierte den hohen Zusturm im Bereich Asyl und fragte, ob in den Unterkünften Brandschutzanlagen vorhanden seien.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz erklärte, dass weiterhin viele Asylbewerber nach Übach-Palenberg kämen, was zu logistischen Problemen führe. Erst am heutigen Tage habe es in der Asylunterkunft in Boscheln gebrannt. Es sei jedoch kein großer Schaden entstanden. Die zuständige Behörde, der Kreis Heinsberg, habe die Örtlichkeit bereits am heutigen Tage besichtigt. Weiterhin gebe es Probleme bei der Unterbringung der Asylbewerber, da fast ausschließlich ledige Männer zugewiesen werden. In Übach-Palenberg gebe es zurzeit nur eine Mutter mit Kind. Familien seien leichter zu vermitteln als Männer. Um der Raumnot entgegen zu wirken plane man am Hangweg einen Containerstandort einzurichten. Eine weitere Option für einen Containerstandort sei auch das Gelände des ehemaligen Tatorts, das die Stadt erst am Vortag ersteigert habe.

Bürgermeister Jungnitsch berichtete, dass im Waschkeller der Asylunterkunft ein Kleidungsstück entzündet wurde, was der Auslöser für die Rauchentwicklung gewesen sei. Es habe keine größeren Schäden gegeben, die Unterkunft sei weiterhin bewohnbar.

Anfragen des sachverständigen Bürgers für Denkmalschutz:

Sachverständigen Bürger für Denkmalschutz Lürken sprach die Sanierung der Schulstraße in Marienberg an. Wegen der Sanierungsarbeiten sei der unter Teil der Schulstraße geschlossen, der Verkehr werde über die Fröbelstraße umgeleitet. Vor zwei Wochen habe es einen Rettungseinsatz gegeben, bei dem die Rettungsfahrzeuge die Fahrbahn 30 bis 40 Minuten blockierten, sodass sich ein Stau gebildet habe und kein Fahrzeug die Straße befahren konnte. Außerdem sei seit ungefähr einem Monat die Ampel weg, die den Verkehr über den asphaltierten Wirtschaftsweg geregelt habe. Er schlug vor diesen Weg von Seiten der Klosterstraße als Einbahnstraße auszuschildern, da dieser ansonsten ein Gefahrenbrennpunkt sei. Zudem gebe es auch noch Probleme mit parkenden Fahrzeugen im Bereich der Einfahrtsstelle. Rettungswagen könnten Probleme bei der Zufahrt haben. Er bat die Verwaltung den Bereich von Politessen kontrollieren zu lassen.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz sagte, dass die Verwaltung die Situation prüfen werde und bedankte sich für den guten Hinweis.

Ausschussvorsitzender F. Fröschen schloss um 18.45 Uhr die öffentliche Sitzung und setzte eine Pause von 10 Minuten an.

Fred Fröschen
Ausschussvorsitzender

Gündling
Schriftführerin